

Nach dem 1. Weltkrieg: Kampf um Demokratie

NOVEMBERREVOLUTION Kaisertroue hielten die neuen Verhältnisse für einen Betriebsunfall / Teil 1

Von Dr. Bergis Schmidt-Ehry und Ernst Richter

WETZLAR Nachdem das Kaiserreich 1918 den Ersten Weltkrieg verloren hatte und der Kaiser abdankte, entstand in Deutschland ein gesellschaftliches Vakuum.

Überall im Deutschen Reich gründeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung wieder herzustellen. So auch in Wetzlar. Tausende füllten am 13. November 1918 in den Nachmittagsstunden den Domplatz, um die Novemberrevolution zu diskutieren.

Im Bericht des Wetzlarer Anzeigers heißt es: „*Unter außerordentlich großer Beteiligung hat heute Nachmittag die von dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat einberufene Volksversammlung stattgefunden. Dichtgedrängte Massen umgaben die mit Tannengrün aus-*

verfolgt worden.

Erstmals wurden in Deutschland Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Grundrechte, staatsbürgerliche Gleichstellung der Frau - und damit das Frauenwahlrecht - sowie solidarische sozial- und arbeitsrechtliche Prinzipien in die Verfassung aufgenommen.

Aber mit der Ausrufung der Weimarer Republik traten gleichzeitig auch die erbitterten Feinde der Parlamentarischen Demokratie in die Arena der Politik. In den Behörden und Institutionen des nun demokratischen Staatsapparats arbeiteten nach wie vor die alten und kaisertrouen Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Lehrer. Und die meisten von ihnen lehnten die Demokratie ab, wollten am liebsten ihren „alten Kaiser Wilhelm wieder ham!“.

Sie hielten die neuen Verhältnisse für einen Betriebsunfall der Deutschen Gesellschaft, den man schnellstmöglich wieder beseitigen

tionen wie der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“, die „Thule-Gesellschaft“ – eine Brutstätte rassistischen Gedankenguts – und die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), aus der später die NSDAP hervorgehen wird.

Propagandistisch verwendeten sie die von den gescheiterten Militärs der Obersten Heeresleitung um General von Ludendorf geschaffene „Dolchstoßlegende“ gegen demokratische Politiker. Sozialdemokraten und Kommunisten wurden als „vaterlandslose Gesellen“ für den verlorenen Ersten Weltkrieg verantwortlich gemacht. Ihnen – nicht den Profiteuren - wurden die schrecklichen Lebensbedingungen im Nachkriegsdeutschland angekreidet.

Nach der Auflösung der Militärverbände fühlten sich viele Soldaten verraten

Nicht alle Soldaten hatten sich am Ende des Ersten Weltkrieges den Arbeiter- und Soldatenräten angeschlossen. Nach dem Absetzen der kaisertrouen Generale und der Auflösung der Militärverbände fühlten sich viele Soldaten verraten. Sie hatten für Deutschland gekämpft und erhielten zu Hause weder Arbeit noch Brot.

In diesem Klima gründeten sich paramilitärische Freikorps, die zu einem gravierenden Hindernis des Aufbaus einer demokratisch verfassten Gesellschaft wurden. Sie schalteten auch im Wetzlarer Anzeiger Werbe-



Versammlung auf dem Wetzlarer Domplatz am 13. November 1918, zu der der Arbeiter- und Soldatenrat aufgerufen hatte. „Dichtgedrängte Massen umgaben die Rednertribüne, vor welcher ein rotes Banner flatterte“, schrieb der Wetzlarer Anzeiger. (Foto: Historisches Archiv Wetzlar).

ten die Novemberrevolution und ermordeten deren „Rädelsführer“. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden am 15. Januar 1919 von Freikorpssoldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division getötet. Politische Instabilität und soziales Elend waren zu Beginn der 1920er Jahre ein idealer Nährboden für die Zukunftssängste der Menschen in der jungen Nachkriegs-

ses, uns etwaige Beschwerden, Wahrnehmungen oder sonstige wichtige Mitteilungen sofort mündlich oder schriftlich zu kommen zu lassen.“

Nur wenige reiche Deutsche erlebten die „goldenen zwanziger Jahre“. Die meisten – auch der hier arbeitenden und wohnenden Menschen – litten Hunger und bittere Armut. In einem monatelangen Streik forderte 1921 der Metallarbeiterverband (DMV) eine Lohnerhöhung von 1,50 RM pro Tag. Der Schlichtungsspruch ergab am Ende 20 – 70 Pfennig mehr Lohn.

Aber der Reichsarbeitsminister erklärte das Schlichtungsergebnis für nichtig und die Arbeiter beschlossen, weiter zu streiken. Empörte Arbeiter zogen vor das Rathaus und forderten, die ausgestellten Passierscheine für Werkmeister zum Betreten der Fabriken wieder einzuziehen.

Am Ende des Arbeitskampfes war das Leben in ganz Wetzlar lahm gelegt

Am Ende des Arbeitskampfes war das Leben in ganz Wetzlar lahm gelegt, weil die Streikenden die Stromversorgung gekappt hatten. 400 Polizisten, die aus Koblenz mit Panzerwagen angerückt waren, beendet die Betriebsbesetzung und den Streik unter Androhung von Waffengewalt. 1922 wiederholt sich dieser Verteilungskampf, als 3500

WEG DER ERINNERUNG

Wetzlar 1933 – 1945 – Eine Zeitreise durch die Geschichte des „Dritten Reiches“. Die etwa dreistündigen Führungen beinhalten eine Route zu 16 Stationen zu Fuß durch die Wetzlarer Innenstadt. Zu Beginn erfolgt ein Einführungsvortrag im Kulturzentrum Franzis.

Öffentliche Führung ist am Sonntag, 23. April, 14 Uhr. Treffpunkt: Kulturzentrum Franzis, Franziskanerstr. 4 – 6, 35578 Wetzlar.

Kosten pro Person: 6 Euro (ermäßigter Preis: 3 Euro). Anmeldung nicht erforderlich, aber möglich unter www.wetzlar-erinnert.de/wde oder ☎ (0 64 41) 92 18 40.

Nächste öffentliche Führung am Sonntag, 29. April 2018 Gruppenführungen 2017:

Gruppenführungen für Erwachsene:

120 Euro bei Führungen ohne Unterteilung der Gruppe beim Gang durch die Stadt. 200 Euro bei Führungen mit der Teilung der Gruppe in zwei Untergruppen beim Gang durch die Stadt, für jede weitere Unterteilung weitere 80 Euro. Für Schulklassen und Jugendgruppen pro Führung 60 Euro (für Untergruppen je weitere 50 Euro).

Gruppentermine bitte mindestens 14 Tage vorher vereinbaren. Anfragen und Anmeldung:

WETZLAR ERINNERT e.V. Kontaktperson: Irmtrude Richter, ☎ (0 64 41) 92 18 40. Mail: irmtrude.richter@tonline.de oder auf www.wetzlar-erinnert.de/wde-gruppe.

Arbeiter der Buderus'schen Eisenwerke und der Stahlwerke Buderus-Röchling in den Ausstand gingen.

Ab 1922 nahm die Inflation rapide zu. Die Industrieproduktion des Reiches ging auf 47 Prozent zurück. Die Reallöhne sanken um mindestens 14 Prozent. Nachdem auch in Wetzlar die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedarfsgütern im Oktober 1923 zusammenbrach, griff das verelendete Proletariat zur „Selbsthilfe“ und plünderte einige Tage lang sämtliche Kaufhäuser, Lebensmittel- und Bekleidungsgeschäfte der Stadt. Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise ergriff die Reichsregierung gravierende

Maßnahmen zum Abbau der sozialen Standards und der Arbeitnehmerrechte.

In Wetzlar wurden im Herbst 1923 fast alle Belegschaften entlassen. Kündigungsschutz wie auch die in der Weimarer Verfassung verbrieften 40-Stundenwoche wurden in der Arbeitsrealität zum Hohn. In einem Bezirksbericht des Metallarbeiterverbandes wurde 1924 festgestellt: „*Den Unternehmern schien 1924 die Stunde gekommen, um nicht nur eine 10-stündige Arbeitszeit, sondern auch eine Beseitigung der bestehenden Kollektivverträge zu erreichen. Die Arbeitszeit im Bezirk mit Ausnahme der Lohnbezirke Betzdorf, Siegerland und Dill-Kreis (55-56 Stunden) 54 Stunden!*“

Die Aufruch-Stimmung der Novemberrevolution war verfliegen. Die Gegner sozialer Gerechtigkeit und des demokratischen Aufbruchs wurden immer lauter.

Im zweiten Teil lesen Sie in der nächsten Ausgabe der Seite „Damals“ über die Ermordung von Reichsaußenminister Walther Rathenau und die „Brigade Erhardt“.

ANSPRECHPARTNER

„Damals“ Nummer: 875

Kontakt: Redaktion Weilburg Marktplatz 1 35772 Weilburg

☎ (0 64 71) 93 80 29 redaktion.wt@mittelhessen.de

An die werktätige Bevölkerung von Stadt und Kreis Wetzlar!

Veranlaßt durch die reaktionäre, politische Umwälzung haben das Gewerkschaftskartell, sowie die beiden sozialistischen Parteien von Wetzlar den Arbeiterrat neu gewählt und mit der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft betraut. Von der Behörde sind dem Arbeiterrat die Räume des ehemaligen Arbeitsnachweises zur Verfügung gestellt.

Wir ersuchen daher die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft des ganzen Kreises, uns etwaige Beschwerden, Wahrnehmungen oder sonstige wichtige Mitteilungen sofort mündlich oder schriftlich zukommen zu lassen.

Beöffnet in den Stunden von 8—1 u. von 3—6 Uhr.
Telefon 423.

Wiedereinsetzung des Arbeiter- und Soldatenrates nach dem Kapp-Putsch am 13. März 1920. Quelle: Historisches Archiv der Stadt Wetzlar.

geschlagene Rednertribüne, vor welcher ein rotes Banner flatterte, während aus den Fensterreihen ringum die Blickzahlreicher Zuschauer auf das ungewohnte Schauspiel gerichtet waren.“

Die Menschen knüpften unterschiedliche Erwartungen und Hoffnungen an diese deutsche Revolution. Am Ende eines widersprüchlich verlaufenden Prozesses stand Anfang 1919 die Ausrufung der Weimarer Republik.

Die acht Wetzlarer Vertreter auf der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung plädierten einheitlich für die parlamentarische Demokratie. Hierfür hatten sich der Wetzlarer August Bebel und der Giesener Wilhelm Liebknecht bereits im Kaiserreich eingesetzt – und waren von Bismarck und rechtskonservativen und nationalistischen Gruppen dafür vehement beschimpft, bekämpft und

müsse. Das galt auch für die alte Stadt- und Kreisverwaltung in Wetzlar. Sie hinterfragte kontinuierlich die Befugnisse und Kompetenzen des Arbeiter- und Soldatenrates, machte allenfalls einige Konzessionen, wenn ihre Politik der Obstruktion allzu offensichtlich wurde.

Auch in der Wirtschaft blieb es bei den alten Besitz- und Verfügungsrechten über die Produktionsmittel. Daran änderten letztlich auch das Betriebsrätegesetz und die Tarifautonomie nichts. Und der alte Adel und seine Eliten behielten ihren, dem Volk über Jahrhunderte abgepressten Reichtum und Besitz.

Schon im Kaiserreich verfolgte der einflussreiche „Alldeutsche Verband“ eine extrem anti-demokratische Politik. Er setzte sich nun für eine „nationale Diktatur“ ein. In seinem Umfeld entstanden militante Organisa-

Wollt Ihr den Bolschewismus?
dann bleibt zu Hause hinterm Ofen hocken!
Wollt Ihr Ruhe, Ordnung, inneren Frieden?
dann kommt zu uns und helft uns bald!

Verbrämter Freikorps Hülsen

Friedberg i. H., im Schloß: Fulda, Peterstor 2; Siegen, Wirtschaft Schneid. a. d. Siegrbrücke, Siegen, Pfälzer Hof.
Ausweis für Militär. Fahrkarte anfordern.
Bedingungen wie bei allen Regierungstruppen. (85)

Werbeanzeige des Freikorps Hülsen, eins von vielen Inseraten, die für den Beitritt ehemaliger Soldaten in die paramilitärischen Freikorps im Wetzlar Anzeiger warben. Quelle: Historisches Archiv der Stadt Wetzlar.

anzeigen wie: „*Wollt Ihr den Bolschewismus? Dann bleibt zuhause hinter dem Ofen hocken. Wollt ihr Ruhe, Ordnung, inneren Frieden? Dann kommt zu uns und helft uns bald! Wehrämter des Freikorps Hülsen.*“

Diese Freikorps bekämpf-

Demokratie.

Im März 1920 versuchten rechtsgerichtete Militärs mit einem Putsch (Kapp-Putsch) die Regierung zu übernehmen. Daraufhin riefen Reichspräsident Friedrich Ebert, SPD-Minister und -Fraktion, Gewerkschaften sowie die KPD zum Generalstreik auf, um das demokratisch-parlamentarische System zu bewahren.

Von der Wetzlarer Arbeiterbewegung wurde der „Arbeiterrat“ als Schutzorgan für die bestehende Ordnung und die sozialen Errungenschaften wiedererweckt. Im Wetzlarer Anzeiger vom 20. März 1920 findet sich folgende Anzeige: „*An die werktätige Bevölkerung von Stadt und Kreis Wetzlar“:* Veranlasst durch die reaktionäre, politische Umwälzung haben das Gewerkschaftskartell, sowie die beiden sozialistischen Parteien von Wetzlar den Arbeiterrat neu gewählt und mit der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft betraut. Von der Behörde sind dem Arbeiterrat die Räume des ehemaligen Arbeitsnachweises zur Verfügung gestellt. Wir ersuchen daher die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft des ganzen Krei-

Bekanntmachung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ist heute zusammengetreten und hat die Sorge für Aufrechterhaltung der Ordnung in Stadt und Land und Kreis Wetzlar übernommen. Im eigenen Interesse wird die Einwohnerchaft ersucht, den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates Folge zu leisten.

Den aus Bürgern, Soldaten und Polizeibeamten zusammengefügten Patrouillen, die äußerlich durch eine weiße Armbinde kenntlich sind, ist unbedingt Folge zu leisten. Bis auf Weiteres dürfen von abends 9 Uhr bis morgens 7 Uhr Zivilpersonen, mit Ausnahme von Arbeitern, die zur Schicht oder von der Schicht kommen, sich zwecklos auf der Straße nicht aufhalten. Zuwiderhandlungen werden unmissichtlich bestraft.

Wer beim Rauben und Plündern angetroffen wird, wird standrechtlich erschossen. Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse wird die Bürgerchaft dringend ersucht, sich diesen Anordnungen zu fügen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat (Kleiner Rathhousaal):		
J. A.		
Gauth, Lehnert, Kopp, Mainzer, Poppe, Reisch, Schneider, Heinrichshofen, Beck, Mouton.		
Für das Garnisonkommando:	Für das Bürgermeisteramt:	Für den Landrat:
J. A.	J. B.	J. B.
Klapproth.	Dr. Former.	Coers.

Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates zur „Aufrechterhaltung der Ordnung in Stadt und Land und Kreis Wetzlar“ am 12. Nov. 1918. Entgegengezeichnet vom Bürgermeister Dr. Former, der jedoch die Kompetenzen des Rates immer wieder in Zweifel zog. Quelle: Historisches Archiv der Stadt Wetzlar.